

Die GIZ in Kolumbien

Hintergrund

Kolumbien ist ein Land der Gegensätze. Stetiges Wirtschaftswachstum, wachsende Mittelklasse, modern anmutende Großstädte, Rohstoffreichtum, Aufbruchsstimmung, neues Selbstbewusstsein, stabile und international ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf der einen Seite. Extreme Ungleichheit zwischen Stadt und Land, ein Binnenkonflikt, der täglich neue Menschenleben fordert, zehn Prozent der Bevölkerung als Binnenvertriebene, extreme Anfälligkeit für Klimawandel und humanitäre Krisen auf der anderen Seite.

Seit über 50 Jahren befindet sich Kolumbien in einem Konflikt zwischen Staat, Guerilla und paramilitärischen Gruppierungen. Schätzungen zufolge hat er bisher über 200.000 Todesopfer gefordert. Seit Herbst 2012 verhandeln die Regierung und die Guerillagruppe FARC über eine Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzung. Beide Seiten erzielten erste Einigungen zu den Punkten ländliche Entwicklung und politische Mitwirkung.

Die militärischen Auseinandersetzungen schränken eine effektive und nachhaltige Unterstützung der ärmsten, vor allem ländlichen Regionen des Landes durch Regierung und internationale Geber stark ein. Dies verstärkt die strukturellen Ursachen des Konflikts und die Schwäche des Staates.

Kolumbien verfügt über einen enormen Reichtum an biologischer Vielfalt und gehört zu den sogenannten megabiodiversen Ländern. Die Artenvielfalt verbunden mit dem Reichtum an natürlichen Ressourcen bieten der Entwicklung des Landes viele Möglichkeiten, machen es aber auch besonders anfällig gegenüber unkontrollierter Ressourcenausbeutung und massiver Umweltzerstörung.

Das Schwellenland Kolumbien ist die viertgrößte Wirtschaftsnation Lateinamerikas. 2012 lag das Bruttoinlandsprodukt laut Internationalem Währungsfond bei 378 Milliarden US-Dollar. 2013 nahmen Kolumbien und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Beitrittsgespräche auf. Bei weitem nicht alle Bevölkerungsgruppen profitieren jedoch gleichermaßen vom wirtschaftlichen Aufschwung. Das Land steht weiterhin vor großen politischen und

wirtschaftlichen Herausforderungen. Unter dem Motto „Wohlstand für alle“ leitete Präsident Juan Manuel Santos seit August 2010 etliche Reformprozesse ein. Armutsbekämpfung und die Ausrichtung der Sozial- und Entwicklungspolitik an den Millenniumszielen der Vereinten Nationen sind Schwerpunkte seiner Politik.

Deutschland verfolgt eine Entwicklungszusammenarbeit, die sich am vielschichtigen Entwicklungsniveau und den politischen Herausforderungen des Landes orientiert.

Die GIZ in Kolumbien

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unterstützt Kolumbien auf dem Weg hin zu Frieden, sozialem Ausgleich und nachhaltiger Entwicklung.

Seit 1965 ist die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Kolumbien tätig; seit 2008 auch im Auftrag des Auswärtigen Amtes (AA) und seit 2012 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

Die GIZ in Kolumbien hat etwa 150 kolumbianische sowie internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon arbeiten über das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) zehn **Integrierte Fachkräfte** in Partnerorganisationen in verschiedenen Landesteilen. CIM unterstützt derzeit zudem 16 **Rückkehrende Fachkräfte**. Im Auftrag der Bill and Melinda Gates Stiftung führt die GIZ von Bogotá aus das Vorhaben „Financial Inclusion“ aus, mit dem sozial schwachen Menschen in Lateinamerika und der Karibik der Zugang zu Finanzdienstleistungen ermöglicht werden soll. Bei Dreieckskooperationen unterstützt die GIZ einige Vorhaben mit dritten Partnerländern. Zum Beispiel gibt Mexiko sein Wissen im Bereich des nachhaltigen Wohnungsbaus an Kolumbien weiter.

GIZ International Services (IS), ein eigenständig agierender Geschäftsbereich der GIZ, hat 2013 sein Regionalbüro in Bogotá eröffnet. Von hier aus

realisiert IS Projekte im Auftrag und gegen Bezahlung von Dritten.

Schwerpunkte

Die GIZ unterstützt die Vorhaben der kolumbianischen Partnerinstitutionen, darunter nationale, regionale, und lokale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft und Teile der Privatwirtschaft in drei Schwerpunkten:

1. Friedensentwicklung und Krisenprävention

Dieser Schwerpunkt schließt die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Transitionsjustiz, Friedensförderung und Gewaltprävention ein. Die GIZ unterstützt kolumbianische Behörden vor allem dabei, bestehende Gesetze und Leistungen z.B. des Opferschutzes und der Wiedergutmachung der Bevölkerung zugänglich zu machen. Außerdem wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungen gestärkt.

Programme Friedensentwicklung und Krisenprävention

CERCAPAZ – Friedensentwicklung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft

CGR – Unterstützung des kolumbianischen Rechnungshofes

Innovationsfonds in Kolumbien

KiSo – Prävention der Rekrutierung von Minderjährigen (Kindersoldaten) in Kolumbien

MAPP/OEA – Unterstützung der Organisation Amerikanischer Staaten beim Opferschutz in Kolumbien

ProFis IV – Unterstützung der Transitionsjustiz in Kolumbien

SerMacarena – Förderung von Aushandlungsprozessen zur partizipativen Umsetzung der Umweltordnung

2. Umweltpolitik, Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen

Der Stellenwert des Umweltbereichs in der Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Deutschland wächst. Die GIZ berät das Umweltministerium und andere Institutionen des Umweltsektors zu den Themen umweltbasierte Raumplanung und Inwertsetzung von Umweltdienstleistungen, unterstützt Kolumbien beim Waldschutz, der Ausweitung der Naturschutzgebiete und bei der Anpassung an den Klimawandel.

Programme Umweltpolitik, Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen

PROMAC – Umweltmanagement und nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen in Kolumbien

REDD+ – Entwicklung und Umsetzung der nationalen REDD+-Strategie unter Einbezug des Biodiversitätsschutzes in Kolumbien

Stärkung des kolumbianischen Nationalparksystems zum Klimaschutz und Biodiversitätserhalt

3. Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Bei den Regierungsverhandlungen 2012 wurde dieser neue Schwerpunkt vereinbart, der eng an das bestehende Portfolio anknüpft. Anfang 2014 beginnt das Programm. Es hat zum Ziel, vor allem die arme Bevölkerung auf dem Land stärker am wirtschaftlichen Aufschwung zu beteiligen und dabei Konflikte zu minimieren.

Programm Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung

Neben den Projekten in den drei großen Schwerpunkten fördert die GIZ eine Vielzahl an kleineren Projekten, z.B. bei der Stadtentwicklung und in Entwicklungspartnerschaften mit ausgewählten Unternehmen (Private Public Partnerships).

Weiterhin nimmt GIZ Kolumbien an Regionalprogrammen teil, die in mehreren Ländern Verbesserungen erzielen sollen:

Regionalprogramme

OLACEFS – Unterstützung des Verbands der Obersten Rechnungskontrollbehörden Lateinamerikas

Stärkung der nationalen Schutzgebietssysteme in Kolumbien, Ecuador und Peru

ProIndígena - Programm Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika

Förderung kohlenstoffarmer Entwicklungspfade und sozialer Kohäsion in Lateinamerika und der Karibik

Stärkung der Regionalorganisation OTCA

Regionale Kooperation zur nachhaltigen Gestaltung des Bergbaus

Impressum

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn/Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15
E info@giz.de
I www.giz.de

Agencia en Bogotá
Carrera 13 No. 97-51 Of. 302
Bogotá D.C./ Colombia
T +57 1 636 11 14 Ext. 217
F +57 1 635 15 52
E giz-kolumbien@giz.de

Programm: CERCAPAZ

Friedensentwicklung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Hintergrund

Klientelismus, Korruption, Kämpfe mit illegalen bewaffneten Gruppen, Drogenanbau und -vermarktung sowie die Verstrickung staatlicher Akteure in die seit vielen Jahrzehnten andauernde Gewaltdynamik in Kolumbien haben die Leistungsfähigkeit des Staates nachhaltig geschwächt. Die seit 2010 amtierende Regierung Santos hat wichtige Friedensinitiativen angestoßen. Aber auch in der aktuellen politischen Konjunktur bleiben große Herausforderungen für die Friedensentwicklung bestehen: Die weiterhin schwachen institutionellen Kapazitäten zur Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft und das fortbestehende Misstrauen zwischen beiden verhindern, dass die Konfliktivität und das daraus resultierende Gewaltniveau in der kolumbianischen Gesellschaft effizient reduziert werden können. Eine Friedenskultur, die alle Bereiche des Miteinanders umfasst, ist aufgrund des seit Generationen andauernden Gewaltkonflikts kaum entwickelt. Wirkungsvolle Strategien, einen Konflikt zu verstehen und im Dialog friedlich und konstruktiv zu lösen, haben die Menschen in diesem Land bislang kaum kennengelernt. Zahlreiche Friedensinitiativen engagieren sich zwar gegen die Veralltägung der Gewalt, sind jedoch wenig national organisiert. Für eine nachhaltige Friedensentwicklung müssen weitere Allianzen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren geschaffen und intensiv gefördert werden.

Ziel

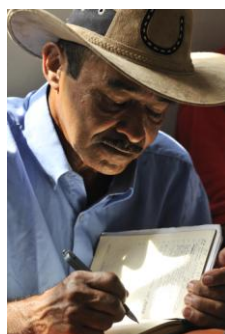
Hauptziel des Programms ist eine transparente, nachhaltige und auf Vertrauen basierende Zusammenarbeit zwischen Bürgern, zivilgesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Organen. Weitere Ziele sind mehr

Bürgerbeteiligung an gesellschaftlichen Prozessen sowie die Entwicklung gemeinsamer Friedensstrategien durch lokale, regionale und nationale Akteure.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	29.200.000 Euro
Politischer Träger	Kolumbianisches Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit (APC – Colombia)
Durchführungsorganisation	Nationales Planungsamt (DNP), Einheit für Opferbetreuung und Wiedergutmachung (UARIV), Präsidentenberater für Friedliches Zusammenleben und Bürgersicherheit, Netzwerk der regionalen Friedens- und Entwicklungsprogramme (REDPRODEPAZ)
Projektgebiet	Caldas, Norte de Santander, Cesar
Geplante Gesamtlaufzeit	01.01.2007 – 31.03.2015

Methode

Das Programm CERCAPAZ (Cooperación entre Estado y Sociedad Civil para el Desarrollo de la Paz) begegnet dem Konflikt an seinen strukturellen Ursachen. Es stärkt gleichermaßen zivilgesellschaftliche und staatliche Leistungsfähigkeit für eine friedliche Konfliktbeilegung. Das Programm fördert den Dialog und schafft neutrale Räume für die Erarbeitung von Konfliktlösungsstrategien. Dabei konzentriert es sich auf konkrete Themen der nationalen „Friedensagenda“, die auf regionaler Ebene das Potenzial zur Eskalation innehaben: Teilhabe von Opfer und deren Wiedergutmachung, Bürgersicherheit, regionale Entwicklungsprojekte.



Cercapaz arbeitet in drei Regionen Kolumbiens. Auf dem Foto links zeigt eine Frau auf eine von ihnen. Rechts ein Campesino in der Region Caldas.

CERCAPAZ arbeitet auf lokaler und regionaler Ebene in den Regionen Caldas, Norte de Santander und Cesar sowie auf nationaler Ebene mit zahlreichen Akteuren und Gruppen zusammen. Darunter finden sich u.a. Friedensinitiativen, Frauen- und Jugendorganisationen, Gemeinde- und Landesverwaltungen, Privatwirtschaft und Ministerien. Möglichst alle gesellschaftlich relevanten Akteure werden in die Transformationsprozesse vielschichtiger Konflikte mit einbezogen und in ihren jeweiligen Rollen gestärkt. Die positiven Erfahrungen im Bezug auf neue und innovative Wege der Konfliktaustragung und -beilegung werden so aufbereitet, dass sie in Politikvorschläge, Entwicklungspläne und Strategien von der Gemeinde bis hin zur Nationalregierung eingebracht werden können. Lernprozesse werden initiiert und die Akteure so gestärkt, dass sie diese in Zukunft multiplizieren. CERCAPAZ fördert außerdem die nachhaltige Entwicklung einer individuellen Friedenskultur im Sinne eines zivilen Umgangs im täglichen Miteinander.

Wirkungen

Zusammen mit dem Nationalen Gemeindeverband und lokalen Initiativen unterstützte CERCAPAZ ausgewählte Gemeinden bei der Erstellung ihrer vierjährigen Entwicklungspläne in 2008, die erstmals Themen wie Versöhnung, Gleichberechtigung und Friedensentwicklung beinhalten. Im Vorfeld der Regional- und Gemeindewahlen 2011 organisierte CERCAPAZ Bürgerforen mit lokalen Friedensinitiativen, in denen Thesenpapiere formuliert wurden, die als inhaltliche Grundlage für die Diskussion mit den Kandidaten dienten. Das Nationale Planungsamt (DNP) griff diese Erfahrungen auf: Im Dezember 2011 wurden rund 1.100 Bürgermeister und 32 Gouverneure in die partizipative Gestaltung von Entwicklungsplänen eingeführt.

Im Oktober 2010 gründete sich mit Unterstützung von CERCAPAZ, dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und der Weltbank das Netzwerk „Fußball und Frieden“. In diesem Netzwerk tauschen sich 12

Nichtregierungsorganisationen (NRO) und das Präsidialprogramm für Jugend (Golombiao) über ihre Erfahrungen mit dem „Friedensfußball“ aus. Wo der „Friedensfußball“ gespielt wird, konnten 25.000 Kinder und Jugendliche erreicht werden.

In Kooperation mit der Nationalen Universität Kolumbiens (UNAL) und der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) wurde 2011 der erste Aufbaustudiengang „Do-No-Harm und Friedensförderung“ etabliert. Der Studiengang wird weiterhin angeboten.

Als neutraler Akteur brachte CERCAPAZ Konfliktparteien an einen „Runden Tisch“ und stärkte die Beteiligten in ihrer Fähigkeit, Konflikte und Interessensunterschiede konstruktiv zu bearbeiten. Die dabei gemachten Erfahrungen werden in der dritten Phase des Programms über ein Trainingsprogramm an weitere Akteure vermittelt.

CERCAPAZ mobilisiert Unternehmen in ihrer Rolle als Friedensakteure. 2008 wurde in Zusammenarbeit mit dem Global Compact und anderen UN-Agenturen eine Fortbildung für Unternehmen in Menschenrechten entwickelt. Von mehr als 180 geschulten Unternehmer/innen haben rund 100 firmeneigene Aktionspläne für unternehmerische Verantwortung unter Berücksichtigung der Menschenrechte aufgestellt oder bestehende aktualisiert.

Einige Erfolge in Zahlen

70% von 27 betreuten Gemeinden integrierten die Punkte Frieden, Inklusion und Gleichberechtigung in ihre Gemeindepläne.

159 Frauenorganisationen formulierten zwei Friedensagenden, die dann in 46 Gemeinden angewandt wurden.

Im Zuge eines Friedenspreises für Unternehmer stellten sich von 2008 bis 2013 237 Friedensinitiativen vor. Schweden kofinanzierte den Preis mit 1,3 Mio. Euro.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn

CERCAPAZ

Agencia GIZ Bogotá
Carrera 13 No. 97-51 Of. 302
T +57 1 636 11 14
F +57 1 635 15 52
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien

Autor

Peter Hauschnik

Stand

Januar 2014

In Kooperation mit



Im Auftrag von

Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Adressen der BMZ-Büros

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 5352501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

CGR

Unterstützung des kolumbianischen Rechnungshofes

Hintergrund

Die Rechnungskontrollbehörden (RKB) Kolumbiens tragen entscheidend dazu bei, Transparenz des Finanzgebarens und Kontrolle des Regierungshandelns zu erhöhen. Somit sind sie ein entscheidendes Element von Good Financial Governance. Ein transparenter und nachvollziehbarer Umgang mit öffentlichen Geldern ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Bürger die Entscheidungen der Regierungen akzeptieren. Das Fehlen kompetenter, glaubwürdiger und unabhängiger externer Kontrolle wirkt sich negativ auf die Glaubwürdigkeit und Legitimität von Regierung und Verwaltung aus. Gleichzeitig steigen die Risiken für ineffiziente Mittelverwendung und Korruption massiv an. Diese Schwachstellen in der Kontrolle des Regierungshandelns, Transparenz und Accountability sind für das demokratische System und die Gewaltenteilung problematisch.

Der Rechnungshof Kolumbiens, die Contraloría General de la República (CGR), und die regionalen und kommunalen Prüfungseinrichtungen (in Kolumbien insgesamt 58 auf Provinz- und Kommunalebene angesiedelte Behörden) stehen sowohl in Bezug auf Prüfmethode als auch mit Blick auf neue politische Herausforderungen ähnlichen Problemen gegenüber. Der CGR ist in Kolumbien für die Prüfung des nationalen Haushalts zuständig und hat ein umfangreiches Reformprogramm in Angriff genommen. Daneben übernahm der CGR im Jahre 2011 zusätzlich das Mandat der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption. Diese neuen Aufgaben sowie ihre dezentrale Struktur – sie hat 32 Außenstellen – stellen für die Contraloría General de la República eine weitere Herausforderung dar, um ihre ursprünglichen und neuen Aufgaben (entsprechend dem Mandat der externen Finanzkontrolle) zu erfüllen.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Politischer Träger	Kolumbianische Präsidialagentur für Internationale Zusammenarbeit, APC-Colombia
Deutscher Beitrag	Bis zu 560.000 Euro
Durchführungsorganisation	Oberster Rechnungshof Kolumbiens (Contraloría General de la República)
Geplante Gesamtlaufzeit	Januar 2013 - August 2014

Ziel

Ziel der SFF-Maßnahme (SFF=Studien- und Fachkräftefond) CGR ist es, dass der Rechnungshof Kolumbiens erste Voraussetzungen zur Steigerung der Effizienz und der Effektivität der externen Finanzkontrolle in konkreten Arbeitsbereichen schafft.

Methode

Die Strategie besteht in der Unterstützung der CGR bei der fachlichen und organisatorischen Stärkung zur Verbesserung ihrer externen Finanzkontrolle in ausgewählten Bereichen in Kolumbien sowie in der Fortbildung von Prüfpersonal. Die Contraloría von Bogotá wird ebenfalls einbezogen. Letzterer Rechnungshof ist für den Sonderdistrikt der Hauptstadt zuständig und vergleichbar mit dem Rechnungshof einer Provinz.

Förderkomponenten des Vorhabens sind hochrangige Fach- und Organisationsberatung, punktueller und durch fachliche Beratung begleiteter Erfahrungsaustausch, sowie die Finanzierung von Fortbildungs- und Forschungsmaßnahmen und Sachlieferungen. Synergien mit dem Regionalvorhaben „Unterstützung des Verbandes Oberster Rechnungskontrollbehörden (OLACEFS)“ werden genutzt.



Partizipativer Planungsworkshop, Bogotá, Kolumbien, 2013

Die Zusammenarbeit mit dem CGR umfasst drei Aktionsfelder:

1. Ausbau der Prüfungsplanung und -Steuerung durch den Einsatz von Informationstechnologien.
2. Aufbau der Kapazitäten des Rechnungshofes (CGR) und der Contraloria Bogota, um die Fiskaltransferwirkungen in Provinzen und Gemeinden zu evaluieren.
3. Erarbeitung von Prüfmethode des Rechnungshofes (CGR) im Bereich der Einnahmen aus dem Minensektor (insbesondere die Kompensation von Umweltschäden.)

Allgemeine Information

- Oktober - Dezember 2012: Formulierung der Strategie und Planung der drei Interventionsbereiche
- Januar 2013: Beginn der Maßnahme der Technischen Zusammenarbeit
- August 2014: Ende der TZ-Maßnahme

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
GIZ Kolumbien

Carrera 13 No. 97-51 Of. 302
T +57 1 636 11 14
F +57 1 635 15 52
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien

Autor(en) Peter Dineiger, Alejandro Becker

Stand Januar 2014

Kontakt peter.dineiger@giz.de

Im Auftrag von

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Adressen der
BMZ Büros

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Unterstützung der Transitionsjustiz in Kolumbien (ProFis IV)

Kontext

Schon seit 1960 herrscht in Kolumbien ein bewaffneter Konflikt zwischen staatlichen Streitkräften, Guerillagruppen und paramilitärischen Einheiten, sodass das Land nicht zur Ruhe kommt. Im Jahr 2003 sind jedoch die Regierung Kolumbiens und die „Autodefensas Unidas de Colombia“ (AUC, paramilitärische Dachorganisation) aufeinander zugegangen: Die AUC erklärten sich bereit, ihre Einheiten zu entwaffnen und den Kämpfern einen Weg zurück in ein ziviles Leben zu ermöglichen. Die rechtlichen Voraussetzung schuf Kolumbien 2005 mit dem Gesetz für „Gerechtigkeit und Frieden“ (Ley de Justicia y Paz), mit dem die Vergangenheit aufgearbeitet werden soll. Der Demobilisierte, der sämtliche begangenen Straftaten gesteht, illegal erworbene Vermögenswerte zur Opfer- entschädigung abgibt und verspricht nicht wieder straffällig zu werden, kommt, anstatt einer Strafe von bis zu 60 Jahren, in den Genuss einer Alternativstrafe von fünf bis acht Jahren. Die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft steht vor einer immensen Aufgabe. Sie muss Tausende von Straftaten ermitteln und dabei im Rahmen des Transitionsprozesses Hunderttausende Opfer in den juristischen Prozess einbeziehen.

Von März 2008 bis Juni 2012 im Auftrag des Auswärtigen Amts und seither im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), begleitet die GIZ diesen Prozess durch das TZ-Vorhaben ProFis. Die GIZ-Expertinnen und Experten beraten die Generalstaatsanwaltschaft, die Ombudsbehörde und die Richter des Obersten Gerichtshofes bei der juristischen Anwendung des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“

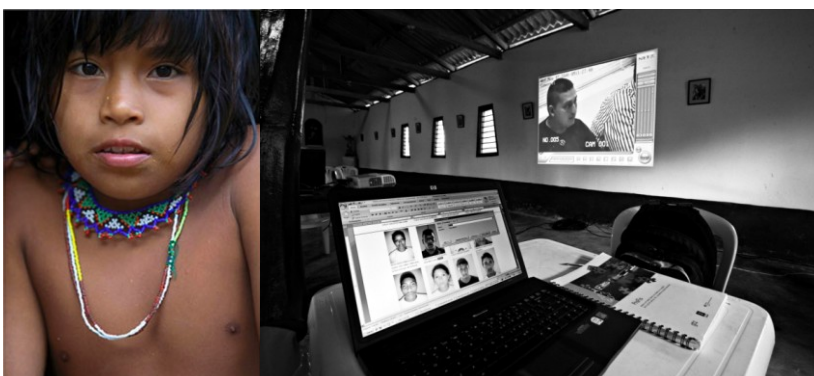
Ziel

Die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft, die Ombudsbehörde und die Richterschaft sollen in die Lage versetzt werden, das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ effizienter anzuwenden. Dabei müssen sie unterschiedliche Anforderungen erfüllen. Neben der Beachtung der internationalen Doktrin und Jurisprudenz, müssen auch Erfahrungen aus vergleichbaren Übergangsprozessen (*Transitional Justice*) anderer Länder berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Opfer des Konflikts gerichtet werden, insbesondere auf Frauen und ethnische Minderheiten, wie die indigene Bevölkerung und afrokolumbianische Gemeinschaften.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	3.700.000 Euro
Politischer Träger	Fiscalía General de la Nación
Durchführungsorganisation	Unidad Nacional de Fiscalías para la Justicia y la Paz
Projektgebiet	Kolumbien, landesweit; Pilotregion Caribe
Geplante Gesamtlaufzeit	01.03.2008 – 30.06.2015

Methode

Um Kolumbien bei der Zielerreichung zu unterstützen, setzt die technische Beratung auf mehreren Ebenen gleichzeitig an. Auf der konzeptionell-juristischen Ebene werden Staatsanwälte, Ermittler, Richter und Beamte relevanter Institutionen sensibilisiert und praxisorientiert fortgebildet. Es geht darum, den Rechtsweg zu optimieren und die Kriterien für die Anwendung des Gesetzes für „Gerechtigkeit und Frieden“ zu vereinheitlichen.



Gleichzeitig dezentralisiert die Staatsanwaltschaft die Ermittlungverfahren und tauscht sich mit internationalen Partnern aus. In diesem Rahmen werden Strategien zur Anklageerhebung erarbeitet, welche eine effizientere Bearbeitung des immensen Fallaufkommens ermöglichen.

Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die juristische Behandlung vulnerabler Bevölkerungsgruppen gelegt. Die Anwendung einer differenzierten Herangehensweise in allen Verfahrensphasen soll als Beispiel für die weitere Arbeit der Justiz dienen und dazu beitragen, das Schicksal dieser Opfergruppen umfassender darzustellen und ihren Zugang zur Justiz fördern.

Unter dem Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ haben sich auch Mitglieder der Guerilla individuell demobilisiert. Um die Konfliktbearbeitung nachhaltig zu gestalten, müssen auch sie stärker in den Friedensprozess einbezogen werden. Die Beratung soll daher die Aufarbeitung der Verbrechen der Guerilla, z.B. im Bereich der Kriegsverbrechen und Sexualdelikte, verbessern. Angesichts der laufenden Friedensverhandlungen soll die Staatsanwaltschaft ebenso auf deren zukünftige Auswirkungen vorbereitet werden.

Durch die Arbeit mit den Opfern wird eine für sie bedeutsame Teilnahme an den Verfahren unterstützt und somit ihre Rolle im Prozess sowie bei der Wahrheitsfindung gestärkt. So wird ein entscheidender Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung geleistet.

Die genannten Aspekte werden in der aktuellen Phase im Zuge der Begleitung zweier emblematischer Fälle in die (Rechts-) Praxis übertragen.

Wirkungen

Von den 430.257 direkten und indirekten Opfern wurden bislang über 76.000 in die Ermittlungen zu Verbrechen illegaler Gruppen aktiv einbezogen. Der Einsatz mobiler Anhörungssäle, die im Jahr 2008 von Bundeskanzlerin Merkel an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden, ermöglichte 75 mehrtägige Übertragungen in entlegene Orte, während welcher die Opfer ihre Aussagen

machen und Fragen an die geständigen Paramilitärs stellen konnten.

Durch die Modernisierung der DNA-Labore erhöhte sich die Identifizierungsquote der Überreste der im Konflikt Getöteten von 13% im Jahr 2008 auf 40,9% im März 2013. Die anschließende Übergabe an die Angehörigen ermöglicht diesen, ein leidvolles Kapitel zu schließen.

Seit Beginn des deutschen Beitrags kam es schrittweise zu einer signifikanten Erhöhung von Anzahl und Qualität der Anklagen. So werden z.B. Sexualdelikte nun häufiger ermittelt und angeklagt, was auf die zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen zum Thema zurückzuführen ist.

Auch der Praxisleitfaden „Gerechtigkeit und Frieden“ und weitere vom Vorhaben mit erarbeitete und herausgegebene Fach- und Handbücher (u.a. zu Verfahrensablauf, mittelbarer Täterschaft, Opportunitätsprinzip), orientieren die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und führen zu einer einheitlicheren Auslegung des Gesetzes.

Die Staatsanwaltschaft verfolgte lange Zeit eine zu breit angelegte Ermittlungsstrategie und es gab bis zum Jahr 2011 nur eine zuständige Strafkammer in Bogotá. ProFis unterstützt die neu eingerichteten Strafkammern in Barranquilla und Medellín und hat die Staatsanwaltschaft bei der Ausarbeitung einer Direktive zur Priorisierung von Verfahren zu besonders gravierenden Verbrechen beraten und begleitet deren Umsetzung. Bislang wurden in 20 Gerichtsentscheidungen 49 ehemalige Paramilitärs verurteilt.

Sowohl die Beratung der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Reform des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“, als auch die Mitarbeit an wesentlichen Aspekten des neuen Verfassungsartikels „Marco jurídico para la Paz“, welcher als Grundlage für den Friedensprozess mit der Guerilla dient, haben bewirkt, dass nun Muster der Makrokriminalität und – viktimisierung im Zentrum der Ermittlungen stehen und die Umsetzung dieser Strategie wichtige Umstrukturierungen der Staatsanwaltschaft angestoßen hat.

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn
Unterstützung des kolumbianischen Friedenprozesses
Agencia GIZ Bogotá
Carrera 13 No. 97-51 Of. 302
T +57 1 636 11 14
F +57 1 635 15 52
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien
Autor Lucas Felipe Ceballos
Stand Januar 2014

In Kooperation mit

Im Auftrag von

Adressen der
BMZ-Büros



Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Programm KiSo

Unterstützung des kolumbianischen Staates bei der Prävention der Rekrutierung von Minderjährigen

Kontext

Die Zahl der im Rahmen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien rekrutierten Minderjährigen wird von verschiedenen Quellen auf zwischen 8.000 und 18.000 geschätzt, darunter ein hoher Anteil aus afrokolumbianischer und indigener Bevölkerung. Das Durchschnittsalter der rekrutierten Kinder und Jugendlichen beträgt 12,8 Jahre, die Jüngsten sind sieben Jahre alt. Jedes vierte rekrutierte Kind ist ein Mädchen, ein im internationalen Vergleich hoher Anteil. Die Kinder stammen zumeist aus ärmsten Verhältnissen. Sie werden sowohl unmittelbar für Kampfhandlungen rekrutiert, als auch für andere Tätigkeiten (u.a. als Informanten, Drogenkuriere, Sexsklaven) missbraucht. Verantwortlich für die Rekrutierungen sind die verschiedenen bewaffneten Gruppen im Land sowie auch die Nachfolgeorganisationen der Paramilitärs und die organisierte Kriminalität.

Die Rekrutierung erfolgt oft auf „freiwilliger“ Basis, da diese Kinder in ihren Familien häufig Gewalt, sexuellem Missbrauch, Armut und vor allen Dingen einem Mangel an Zukunftsperspektiven ausgesetzt sind. Die Gefahr einer potentiellen Rekrutierung von Kindern verursacht oft die Flucht ganzer Familien und trägt so zur Vertreibungsproblematik im Land bei: Kolumbien hat im internationalen Vergleich die zweithöchste Anzahl an Binnenflüchtlings.

In Kolumbien existiert ein normativer Rahmen zum Schutz und der Gewährleistung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, speziell auch im Rahmen des bewaffneten Konflikts. Trotzdem bleibt die Rekrutierung Minderjähriger eine systematische und weitreichende Praxis, herrscht noch immer weitestgehend Straffreiheit für das Verbrechen und es fehlt seine Wahrnehmung in der öffentlichen Diskussion und den offiziellen Statistiken. Die Gründe liegen u.a. in der oft unzureichenden Kenntnis zuständiger Beamter und in der fehlenden Wahrnehmung als Straftat in der Bevölkerung, weswegen das Delikt oft ohne Anklage bleibt oder nur ungenügend verfolgt wird.

Im Jahr 2007 wurde vom kolumbianischen Staat die „Sektorübergreifende Kommission zur Prävention von Rekrutierung und Benutzung von Kindern und Jugendlichen durch illegale bewaffnete Gruppen“ ins Leben gerufen, welcher die Aufgabe obliegt, die staatliche Präventionspolitik gegen Rekrutierung Minderjähriger zu koordinieren. Heute setzt sich die Kommission aus 23 staatlichen Institutionen zusammen. Aufgrund unzureichender institutioneller Abstimmung, unzureichender konzeptioneller Grundlagen und Finanzierung sind die Ergebnisse der Präventionspolitik bisher mager. Es mangelt an einer Vernetzung nationaler, regionaler und lokaler Anstrengungen, um die eingesetzten Ressourcen effektiver und effizienter zu nutzen. Hierzu fehlt eine einheitliche Strategie zur Umsetzung sowie zur Sensibilisierung, sowohl der Zielgruppe, als auch der direkt mit ihnen arbeitenden Personen vor Ort. Außerdem mangelt es an Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft, so dass ein abgestimmtes, umfassendes Vorgehen und Potenzial für die Nutzung von Synergien nur eingeschränkt genutzt wird.

Ziel

Das Ziel des Projekts ist es, staatliche und nicht-staatliche Institutionen in die Lage zu versetzen, die Arbeit zu koordinieren und Präventionsmaßnahmen gegen die Rekrutierung von Minderjährigen unter besonderer Berücksichtigung der vulnerablen Bevölkerung anzuwenden (afrokolumbianische Gemeinden/indigene Völker und insbesondere Mädchen). Durch die direkte Bearbeitung von Konfliktfolgen stellt es einen Baustein im Bereich der Friedensförderung dar.

Auftraggeber	Auswärtiges Amt
Deutscher Beitrag	2.000.000 Euro



Foto links: Teilnehmer eines Workshops mit Organisationen der Zivilgesellschaft in Buenaventura

Foto rechts: Blick auf Armensiedlung in Buenaventura

Politischer Träger	Vizepräsidialamt der Republik Kolumbien
Durchführungsorganisation	Sektor-übergreifende Kommission zur Prävention von Rekrutierung und Benutzung von Kindern und Jugendlichen durch illegale Gruppen, kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft und Richterschaft, nationale und lokale (Buenaventura) zivilgesellschaftliche Organisationen
Projektgebiet	Bogotá, Buenaventura (Valle del Cauca)
Geplante Gesamtlaufzeit	01.11.2012 – 31.10.2014

Jugendliche und deren Familien, die größtenteils armen und bildungsfernen Teilen der Bevölkerung angehören

Wirkungen

Der Ansatz des Projekts orientiert sich an einer direkten und mittelfristigen Wirkung, um die zur Verfügung stehende Projektlaufzeit effizient zu nutzen. Bis Anfang Januar 2014 wurden den Projektaktivitäten folgende Wirkungen zugeordnet:

- Partizipative Planung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen in Buenaventura (Vermeidungsstrategien in Schulen, öffentliche Aufklärung, Aufklärung potenzieller Opfer).
- Lokale und landesweite Betreuung und Begleitung von 72 Kindern und Jugendlichen zur Prävention der Zwangsrekrutierung durch illegale bewaffnete Gruppen durch das Schutzprogramm der Nichtregierungsorganisation Benposta.
- Wiederbelebung eines vom Stadtratsausschuss für Sozialpolitik von Buenaventura ausgerichteten „runden Tisches“ zur lokalen Koordination und Umsetzung der nationalen Präventionspolitik.
- Fortgebildete Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft, die Hintergrundinformationen über das Delikt der Zwangsrekrutierung systematisieren und damit laufende Ermittlungen unterstützen.
- Ausarbeitung einer internen strafrechtlichen Verwaltungsanweisung für Fälle von Zwangsrekrutierung und eines Fortbildungsmoduls für die Generalstaatsanwaltschaft.
- Sichtbarmachung der Problematik durch
 - 1) eine internationale Konferenz zum Thema Kinder in bewaffneten Konflikten in Bogotá (November 2013)
 - 2) Veröffentlichung einer Studie über Zwangsrekrutierung in Buenaventura (mit zivilgesellschaftlichen Partnern).
 - 3) Beratung eines Berichts des nationalen Ombudsmannbüros über Zwangsrekrutierung in Buenaventura (Veröffentlichung 2014).

Methode

Das Projekt setzt an zwei komplementären Bereichen an:

1) Beratung zur Koordination der Opferprävention und Sensibilisierung

In Zusammenarbeit mit der Sektorübergreifenden Kommission und der Zivilgesellschaft werden kurz- und mittelfristige Schutzmechanismen für potentielle Opfer erarbeitet und vermittelt. Ziele sind eine verbesserte Koordination und Kommunikation zwischen den relevanten staatlichen Institutionen sowie zwischen diesen und der Zivilgesellschaft.

2) Unterstützung der Justiz bei der Täterprävention

In Kooperation mit dem Justizsektor wird eine verbesserte strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung der Verantwortlichen angestrebt, um eine für potentielle Täter abschreckende Signalwirkung zu erreichen und der Straflosigkeit entgegenzuwirken. Hierzu werden Fortbildungen zur Vermittlung von Konzepten und internationalen Standards auf nationaler und lokaler Ebene durchgeführt.

Arbeitsregionen des Projekts sind Bogotá und Buenaventura, als Pilotregion, zur Umsetzung der erarbeiteten Konzepte und Strategien und zum Sammeln von „Best Practices“. Zielgruppe der Aktivitäten sind von Rekrutierung bedrohte Kinder und

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn

Projekt KiSo

Agencia GIZ Bogotá
Carrera 13 No. 97-51 Of. 302
T +57 1 636 11 14
F +57 1 635 15 52
giz-kolumbien@giz.de
www.giz.de/kolumbien

Autor Christiane Hintzen

Stand Januar 2014

Im Auftrag von

Adresse

Auswärtiges Amt

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin, Germany
T +49 (0)30 1817-7208
F +49 (0)30 1817-5-7208

www.auswaertiges-amt.de

Pies Descalzos

Förderung der Teilhabe an der Gestaltung des integralen Schulzentrums der Stiftung Pies Descalzos in Cartagena

Hintergrund

In Kolumbien hat die Bevölkerung in vielen Großstädten in den vergangenen Jahrzehnten rapide zugenommen. Ein Teil der Zuwanderer sind so genannte Binnenvertriebene, die vor dem bewaffneten Konflikt vom Land in die Randsiedlungen der Großstädte geflohen sind.

Cartagena an der Karibikküste gehört zu den ärmsten Großstädten Kolumbiens. Allein von 1998 bis 2008 hat sich die Bevölkerung auf mehr als eine Million Einwohner verdoppelt. 60 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze.

Seit 1980 entstanden auf den Hügeln ehemaliger Müllhalden von Cartagena nach und nach die Randsiedlungen von Lomas de Peyé, in denen heute rund 56.000 Menschen leben. Viele von ihnen sind Binnenvertriebene, vor allem aus den Regionen Montes de Maria und Magdalena Medio. Das öffentliche Bildungsangebot deckt

Die kolumbianische Sängerin Shakira gründete 1997 im Alter von 18 Jahren Pies Descalzos (auf Deutsch: Barfuß). Die private Stiftung baut und unterstützt Schulen in armen Randsiedlungen, wo das staatliche Bildungsangebot nicht ausreicht. Pies Descalzos unterstützt mittlerweile sechs Schulen in ganz Kolumbien, zwei davon - in Barranquilla und in Cartagena - wurden komplett neu errichtet. Die Stiftung legt Wert darauf, dass die Bewohner in den Gemeinden die Schulen nicht nur für den gängigen Schulunterricht, sondern auch für Erwachsenenbildung, Sozialarbeit mit Familien, etc. nutzen. Sie unterstützt die Familien u.a. auch bei der Ausbildung und der Einrichtung von Gemüsegärten, mit der Absicht Ernährung und Einkommen zu verbessern.

dort den Bedarf an Grund- und beruflicher Bildung bei weitem nicht ab, was Kinder und Jugendliche früher auch in die Kriminalität trieb.

Der größte Teil der Bevölkerung in Lomas de Peyé ist arbeitslos.

Drogen- und Waffenhandel, Glücksspiel und Jugendbanden, unsichere Besitzverhältnisse, Umweltprobleme, offizielle Umsiedlungen eines Teils der Familien und private Wirtschaftsinteressen haben zu einer Atmosphäre des Misstrauens geführt. Die Folge ist ein geringer sozialer Zusammenhalt der Bevölkerung und eine geringe Wertschätzung des eigenen Lebensraums.

Mitte 2012 begann die Stiftung Pies Descalzos mit dem Bau einer Schule in Lomas de Peyé, die der Bevölkerung auch als Gemeindezentrum zur Verfügung stehen soll.

1000 Schüler/innen lernen hier ab Mitte Februar bis zur Hochschulreife, weitere 500 Kinder besuchen die Vorschule. Am Nachmittag bietet das Personal im Zentrum pädagogische Arbeit mit den Eltern („Elternschule“) an, u.a. zu der Erziehung des Nachwuchses, zu den Rechten der Frau und Ernährungskunde an.

Die GIZ, im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), unterstützte Pies Descalzos von September 2011 bis Ende 2012 über das Projekt ProDeMujer mit zwei Finanzierungsverträgen. Nach Abschluss von ProDeMujer wurde Pies Descalzos 2013 mit weiteren 300.000 Euro aus dem Studien- und Finanzierungsfonds (SFF) unterstützt.

Ziel



Von links nach rechts: Modellbilder von außen sowie des Innenhofs der Schule in Lomas de Peyé

Durch die aktive Teilhabe und Mitarbeit der großenteils binnervertriebenen Bevölkerung von Lomas de Peyé in Cartagena im Bildungszentrum von Pies Descalzos wird das Selbsthilfepotenzial der Kinder und Jugendlichen gestärkt. Dabei werden besonders benachteiligte Mädchen und Frauen berücksichtigt.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	300.000 Euro
Politischer Träger	Kolumbianische Präsidialagentur für Internationale Zusammenarbeit, APC-Colombia
Durchführungsorganisation	Stiftung Pies Descalzos
Projektgebiet	Lomas de Peyé in Cartagena
Geplante Gesamtlaufzeit	01.07.2013 – 30.04.2014

Methode

Die GIZ unterstützt die Stiftung Pies Descalzos in drei Punkten, damit sich die Bevölkerung das Bildungs- und Gemeindezentrum zu eigen macht:

1. Sozialarbeiterinnen verbreiten die Ergebnisse der von der GIZ geförderten Grundlagenstudie über die Lebensverhältnisse in Lomas de Peyé unter der dort lebenden Bevölkerung. Sie informieren auch über die Baumaßnahmen und den Stand des Lehrplans.
2. Familien werden im Aufbau und in der Handhabung von Familiengärten unterstützt. Sie werden in der Zubereitung entsprechender Mahlzeiten beraten und bekommen Hilfe darin, ihr selbst angebautes Gemüse zu vermarkten. In Kooperation mit der staatlichen Berufsbildungsstätte SENA erhalten Jugendliche eine Ausbildung in Elektrotechnik, als Erzieher/innen oder als Friseur/innen.

In Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungsinstitut ACCESO in Cartagena werden Jugendliche als Hotel- oder

Küchenhilfskräfte ausgebildet und in berufsbildende Praktika in Cartagena vermittelt. Absolvent/innen finden bei den lokalen Tourismusbetrieben in der Regel sofort eine Anstellung.

3. Der Rahmen für den Lehrplan wurde von Pies Descalzos mit Beratung der GIZ-Experten bis Ende November 2012 erstellt. Dabei waren vor allem vertriebene Frauen beteiligt. 2013 sollen noch weitere Bewohner des Einzugsgebiet Vorschläge für künftige Inhalte des Lehrplans machen.

Wirkungen

1. Gemeinsam mit Verbänden von vertriebenen Frauen wurde ein Rahmenkonzept für Lehrpläne erarbeitet und eine teilnehmende Studie über die Lebensbedingungen und die soziale Struktur der Bevölkerung des Einzugsgebiets durchgeführt.

2. Sozialarbeiterinnen engagierten sich seit Anfang 2012 gegen das sehr hohe Gewaltpotenzial in Lomas de Peyé. Sie bildeten etwa 60 Frauen als Multiplikatoren für Sozialarbeit mit Familien und Jugendlichen aus. Als Grundlage dafür dienten die Ergebnisse der von GIZ unterstützten Untersuchung. Die Gewaltbereitschaft in den Familien, die an dem Programm teilnahmen, hat nach Einschätzung der Projektverantwortlichen erheblich abgenommen.

3. In Zusammenarbeit mit der staatlichen Berufsbildungsstätte SENA wurden 400 Bewohner, viele von ihnen Vertriebenen, in je 40-stündigen Kurzausbildungen auf Tätigkeiten im Baugewerbe, als Elektriker und Friseure vorbereitet.

4. Mit Unterstützung der lokalen Stiftung „Granitos de Paz“ bauten die Bewohner mehr als 60 Familiengärten in ihrem Stadtteil auf. Das verbessert die Ernährung der Schüler und ihrer Familien. Die Teilnehmer erhielten eine Ernährungsberatung sowie Hilfestellung, um ihre Produkte künftig auch zu vermarkten.

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn Pies Descalzos Agencia GIZ Bogotá Carrera 13 No. 97-51 Of. 302 T +57 1 636 11 14 F +57 1 635 15 52 giz-kolumbien@giz.de www.giz.de/kolumbien
Autor	Milena Werner/Thomas Wagner
Stand	Februar 2014

In Kooperation mit



Im Auftrag von

Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Adressen der BMZ-Büros

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn, Germany
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Germany
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Programm MAPP/OEA

Unterstützung der Organisation Amerikanischer Staaten beim Opferschutz in Kolumbien

Kontext

Die Entwicklung Kolumbiens ist geprägt durch den seit mehreren Jahrzehnten andauernden gewalttätigen Binnenkonflikt zwischen verschiedenen nichtstaatlichen Gewaltakteuren und den staatlichen Sicherheitskräften. Im Jahr 2005 trat das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ in Kraft, dessen Ziel es war, paramilitärische Gruppen dazu zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen, sich freiwillig der Justiz zu stellen und bei vollständiger Geständigkeit im Gegenzug eine Strafminderung erhielten. Der sich anschließende Justizprozess war von Beginn an heftiger Kritik ausgesetzt. Insbesondere wurde die Wahrhaftigkeit und Vollständigkeit der Aussagen vieler Demobilisierter in Zweifel gezogen. Durch die Teilnahmen der Opfer an den Prozessen konnten jedoch einige der Geständnisse verifiziert werden.

Die Regierung unter Präsident Santos setzte wichtige Impulse für die Friedensentwicklung. Vor allem das Gesetz Nr. 1448 von 2011 für „Opfer und Landrückgabe“ ist ein Meilenstein, in dem der bewaffnete interne Konflikt als solcher anerkannt und die Entschädigung aller Opfer geregelt wird.

Die Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien der Organisation Amerikanischer Staaten (MAPP/OEA) wurde 2004 als Antwort auf ein Ersuchen der kolumbianischen Regierung gegründet, um als internationale Friedensmission den Prozess „Gerechtigkeit und Frieden“ in Kolumbien zu begleiten. Ihr Mandat wurde 2010 auf die Begleitung der Prozesse der Landrückgabe und der Umsetzung des „Opfer- und Landrückgabegesetzes“ ausgeweitet.

Ziel

Ziel des Vorhabens ist, die MAPP/OEA in ihrer Arbeit des

Opferschutzes finanziell zu unterstützen. Dabei wird ein besserer Zugang der Opfer zu den Prozessen der Umsetzung des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ (2005) und des „Opfer- und Landrückgabegesetzes“ (2011) geschaffen.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	2.000.000 Euro
Politischer Träger	Kolumbianisches Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit (APC – Colombia)
Durchführungsorganisation	Die Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien der Organisation Amerikanischer Staaten (MAPP/OEA)
Projektgebiet	Bis April 2013 Cesar und Norte de Santander, aktuell Antioquia, Cauca, Tolima, Apartadó, Meta und Córdoba
Geplante Gesamtlaufzeit	01.02.2008 – 31.01.2014

Methode

Die deutsche Unterstützung der MAPP/OEA erfolgt durch finanzielle Zuwendungsverträge vor allem zur Förderung von Opfergruppen und deren Aktivitäten. Hierbei werden die Opferverbände in ihrer Organisation gestärkt und in Netzwerken verbunden. Zudem wird die Vertrauensbildung zwischen staatlichen Institutionen und der

Zivilgesellschaft gefördert. Die Opfer werden über ihre Rechte aufgeklärt, juristisch beraten und begleitet, um so effektiv an den Gerichtsprozessen teilnehmen zu können.



Ein Mitarbeiter der Friedensmission der Organisation Amerikanischer Staaten in Kolumbien

Wirkungen

In den Regionen Norte de Santander und Cesar wurden sieben Opferverbände gegründet, die insgesamt 1.868 Opfer vertreten. Diese Verbände beteiligen sich nun gemeinsam mit den zuständigen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen aktiv an der Umsetzung der Gesetze „Gerechtigkeit und Frieden“ und „Opfer und Landrückgabe“. Der konstruktive Dialog über die Belange der Opfer zwischen den staatlichen Institutionen und den OpfervertreterInnen kann als nennenswerter Erfolg angesehen werden, da über lange Zeit die Opfer nur sehr unzureichend eingebunden wurden. Die Begleitung der MAPP/OEA führte nicht nur zu mehr Sichtbarkeit der OpfervertreterInnen sondern auch zu mehr Effizienz in ihrer Beteiligung. Außerdem werden sie nun erstmals als legitimer Partner von den staatlichen Institutionen anerkannt und von diesen eigenständig zu den Treffen eingeladen.

In Norte de Santander wurde Mitte 2012 im Prozess gegen einen führenden Paramilitär nach einem längeren Berufungsverfahren ein Urteil zugunsten der Opfer gefällt. Den Opfern des Paramilitärs, der unter anderem für 25 Massaker verurteilt wurde, wurden dabei erstmals verbindlich verschiedene Entschädigungsleistungen und Maßnahmen der Wiedergutmachung zugesprochen. Im Verlauf des Prozesses und nun bei der Umsetzung dieser Maßnahmen war und ist die Begleitung der Opfer durch MAPP/OEA entscheidend.

Einige Erfolge in Zahlen

Im Department Norte de Santander formelle Gründung von drei Opferorganisationen, die die Rechte von insgesamt 565 Opfern vertreten.

Im Department Cesar Gründung von vier Opferorganisationen, die insgesamt 1.303 Opfer repräsentieren.

72% der in diesen Netzwerken organisierten Opfer sind Frauen.

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Im Auftrag von	Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	
	Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn	Adressen der BMZ-Büros	BMZ Bonn	BMZ Berlin
	MAPP/OEA		Dahlmannstraße 4	Stresemannstraße 94
	Agencia GIZ Bogotá		53113 Bonn, Germany	10963 Berlin, Germany
	Carrera 13 No. 97-51 Of. 302		T +49 (0)228 99 535-0	T +49 (0)30 18 535-0
	T +57 1 636 11 14		F +49 (0)228 99 535-3500	F +49 (0)30 18 535-2501
	F +57 1 635 15 52			
	giz-kolumbien@giz.de		poststelle@bmz.bund.de	
	www.giz.de/kolumbien		www.bmz.de	
Autor	Peter Hauschnik			
Stand	Januar 2014			

Programm PROMAC

Umweltpolitik und nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen in Kolumbien

Hintergrund

Kolumbien verfügt über einen enormen Reichtum an biologischer Vielfalt und gehört zu den sogenannten megabiodiversen Ländern. Diese enorme biologische Vielfalt erstreckt sich über 314 Ökosysteme – von den Trockenwäldern der Karibik bis hin zu den dichten Regenwäldern Amazoniens. Hier finden sich einmalige Landschaften mit unzähligen vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Die außergewöhnlich hohe biologische Vielfalt ist eine der wichtigsten natürlichen Ressourcen des Landes und bietet der Bevölkerung zahlreiche Dienstleistungen: sauberes Wasser, Nahrungsmittel, Grundstoffe für die Herstellung von Medikamenten sowie Rohstoffe für die Industrie. Gegenwärtig dominieren jedoch Formen einer nicht nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen, mit gravierenden Folgen für die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme. Bewaffnete Konflikte, der Drogenanbau und seine Bekämpfung, agroindustrielle Großprojekte sowie ein ungenügend kontrollierter Bergbausektor verstärken die Gefährdung der Ökosysteme, es besteht ein Zielkonflikt zwischen den Interessen an Umweltschutz und an Wirtschaftswachstum.

Ein weiterer Faktor, der eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen hemmt: Die Schlüsselakteure des Umweltsektors haben Schwierigkeiten, ihre Politiken und Strategien miteinander abzustimmen. Erschwert wird die Situation durch die mangelnde Transparenz und mangelnde Präsenz des Staates in einzelnen Landesteilen. Das Defizit an guter Regierungsführung erstreckt sich auch auf die lokale Umsetzung nationaler Politiken, die Verwaltung und Finanzierung von Umweltschutz, die Teilhabe der Bevölkerung an Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie den gerechten und geregelten Zugang zu natürlichen Ressourcen.

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutscher Beitrag	Bis zu 11 Millionen Euro
Politischer Träger	Kolumbianisches Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit (APC-Colombia)
Durchführungsorganisation	Kolumbianisches Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Fachressorts, Institutionen des Nationalen Umweltsystems, Regional- und Kommunalverwaltungen, Zivilgesellschaft und Privatsektor
Geplante Gesamtlaufzeit	Phase 1: Oktober 2012 bis Dezember 2013 Phase 2: Januar 2014 bis Dezember 2017

Ziel

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begann im Oktober 2012 das Umweltprogramm PROMAC „Umweltpolitik und nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen in Kolumbien“ mit seiner Arbeit, durchgeführt von der GIZ in Zusammenarbeit mit dem kolumbianischen Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Das Programmkonzept basiert auf einem im Jahr 2011 durchgeführten Planungsprozess.

Das Ziel des Vorhabens in der ersten Phase lautet: Die Kapazitäten der Schlüsselakteure des Umweltsektors zur Umsetzung eines langfristigen Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der Naturressourcen sind verbessert. In der zweiten Phase sollen die Schlüsselakteure bei der effizienten Umsetzung von abgestimmten Sektorpolitiken und –strategien zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen unterstützt werden.

Das Programm der technischen Zusammenarbeit hat drei Handlungsfelder mit folgenden Zielen:



Fotos:
Flusslandschaften in
Kolumbien

1. **Handlungsfeld 1:** Institutionelle Stärkung des Umweltsektors auf nationaler Ebene und in ausgewählten Regionen.
2. **Handlungsfeld 2:** Stärkung einer umweltorientierten Raumordnung in ausgewählten Munizipien und Wassereinzugsgebieten.
3. **Handlungsfeld 3:** Entwicklung und Anwendung ökonomischer Instrumente zur Erhaltung der Biodiversität.

PROMAC erbringt seine Beratungsleistung auf der nationalen Ebene und in ausgewählten Regionen. Als Interventionsgebiete wurde die Atlantikregion und ihrem bedeutenden Restvorkommen an Trockenwald und Landkreise im Mittellauf des Magdalena-Flusses ausgewählt. Seit 2014 arbeitet PROMAC auch in der Grenzregion zu Venezuela, im Departament Norte de Santander.

Politischer Träger des Vorhabens ist das kolumbianische Präsidialamt für Internationale Zusammenarbeit, APC-Colombia. Projektpartner sind das Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Fachressorts, Institutionen des Nationalen Umweltsystems, Regional- und Kommunalverwaltungen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor.

Prinzipien

Das Programm arbeitet nach folgenden Prinzipien:

1. Die Interventionen zielen auf strukturelle und methodische Änderungen sowie Replizierbarkeit ab.
2. Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.
3. Nachhaltige Stärkung der Kapazitäten von Personen und Institutionen.
4. Die Interventionen auf lokaler Ebene orientieren sich an den konkreten Bedürfnissen der beteiligten Bevölkerungsgruppen.

Alle Interventionen werden konfliktsensibel gestaltet, ihre kulturelle Dimension und ihre Wirkungen auf ein konfliktives Umfeld werden beobachtet.

Wirkungen

PROMAC hat seine Arbeit im Oktober 2012 aufgenommen und seine Beratung auf wichtige Kernprozesse konzentriert; erste Erfolge und Wirkungen des Vorhabens sind jedoch bereits zu beobachten:

- Workshops und Weiterbildung mit relevanten Akteuren des kolumbianischen Umweltsektors, sowohl auf nationaler als auch regionaler und lokaler Ebene, haben zu einer Stärkung der Kapazitäten der Partner in den Bereichen umweltorientierte Raumordnung und Inwertsetzung von Biodiversität geführt.
- Das Umweltministerium hat seine interne Kommunikation sowie die Abstimmung mit anderen Sektoren verbessert.
- Das Umweltministerium hat Prozesse zur Verbreitung und Einbindung regionaler und lokaler Akteure in nationale Politiken in den Bereichen Biodiversität, Wassereinzugsgebietsmanagement und Umweltdienstleistungen verbessert.

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Im Auftrag von	Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	
	Sitz der Gesellschaft, Bonn und Eschborn	Adressen der BMZ-Büros	BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Germany T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Germany T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501
	PROMAC – Programa Medio Ambiente de Colombia			
	Agencia GIZ Bogotá Carrera 13 No. 97-51 Of. 302 T +57 1 636 11 14 F +57 1 635 15 52 giz-kolumbien@giz.de www.giz.de/kolumbien		poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de	
Autor	Matthäus Hofmann/Nikolaus Sigrist			
Kontakt	matthaeus.hofmann@giz.de			
Stand	Januar 2014			

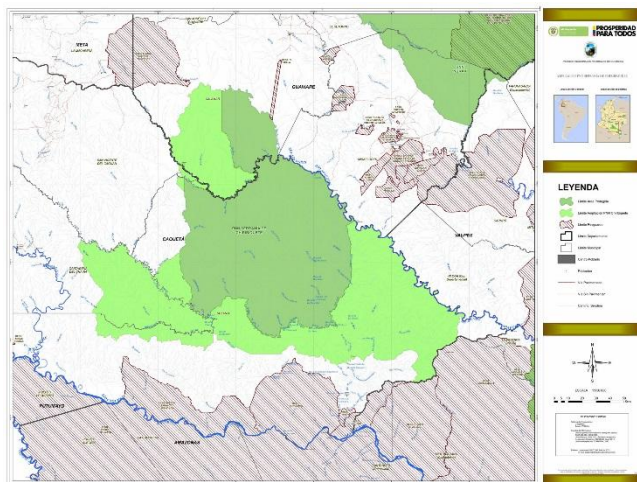


Programm Chiribiquete

Stärkung des kolumbianischen Nationalparksystems zum Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität

Kontext

Kolumbien zählt zu den fünf Ländern mit der höchsten Biodiversität weltweit und gilt damit als „megadivers“. Gleichzeitig weist es im amazonischen Tropenwald einen hohen kulturellen Reichtum auf, z.B. haben präkolumbinische indigene Stämme tausende Piktogramme an den Wänden der Gebirgskette Serranía de Chiribiquete hinterlassen.



Die große Biodiversität der in vielen Teilen noch unberührten Amazonasregion Kolumbiens, welche die Lebens- und Entwicklungsgrundlage der indigenen und weiteren lokalen Bevölkerung darstellt, ist insbesondere durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen und illegalen Holzeinschlag bedroht. Dies trifft vor allem auf die um den Nationalpark Chiribiquete liegenden Gebiete im Department Caquetá zu, die die höchste Entwaldungsrate Kolumbiens und mit die höchsten des gesamten Amazonasgebiets aufweisen.

Der Chiribiquete-Nationalpark existiert seit 1989 und ist seit seiner Erweiterung 2013 auf 2,8 Mio Hektar nicht nur der größte Kolumbiens, sondern einer der größten terrestrischen Nationalparks weltweit. Er versorgt die Bevölkerung der Region mit zahlreichen wertvollen Umweltdienstleistungen, wie z.B. die Produktion und Reinigung von Wasser, Nahrungsmitteln und die Speicherung von CO₂. Gerade wegen letzterer Funktion hat dieses Gebiet eine hohe Bedeutung für das weltweite Klima.

Der Park und seine großflächigen umliegenden Waldgebiete sind stark von Entwaldung bedroht, die in erster Linie auf die Viehwirtschaft zurückzuführen ist – der traditionellen Einkommensquelle in der Region. Während die Menschen auf Viehwirtschaft angewiesen sind, berauben sie sich durch die unregulierte Abholzung zur Gewinnung von Weideflächen und der damit fortschreitenden Verödung von Boden schleichend ihrer Lebensgrundlagen. Ein weiteres großes Problem der Gegend ist die hohe Gewalt, zurückzuführen auf die Präsenz von illegalen bewaffneten Gruppen und die Schwierigkeiten des Staates, in den ausgedehnten ländlichen Gebieten Präsenz zu zeigen und eine rechtstaatliche Ordnung zu verankern. Dies verhindert auch, die Entwaldung einzudämmen und den Chiribiquete-Nationalpark effektiv zu managen.

Ziel

Ziel des Projektes ist es, die nationale Parkbehörde unmittelbar bei der Entwicklung und Umsetzung effektiver Schutzmechanismen im Nationalpark Chiribiquete zu unterstützen. Zusammen mit regionalen und lokalen Behörden und Nutzergruppen (v.a. Viehbauern) sollen Alternativen zur Entwaldung entwickelt werden. Weiterhin soll es zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie, zur Konsolidierung und Ausweitung des nationalen Schutzgebietssystems sowie zur



Oben: Der erweiterte (hellgrün) Chiribiquete-Nationalpark

Von links nach rechts: Informationsreise mit der deutschen Botschaft; Luftaufnahme vom Chiribiquete-Nationalpark

Etablierung von Plattformen für einen Dialog aller betroffenen Bevölkerungsgruppen beitragen. Diese Maßnahmen tragen über den Chiribiquete-Park hinaus auch zur allgemeinen Stärkung des nationalen Schutzgebietssystems bei.

Auftraggeber	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Deutscher Beitrag	3.000.000 Euro
Politischer Träger	Umweltministerium (Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible, MADS)
Durchführungsorganisation	Nationalparkbehörde (Parques Nacionales Naturales), Departamentalregierung Caquetás, Umweltbehörde Caquetás CORPOAMAZONÍA
Projektgebiet	Department Caquetá, westlich des Chiribiquete Nationalparks
Geplante Gesamtlaufzeit	01.07.2013 – 30.09.2017

Methode

Das Programm verfolgt zwei sich ergänzende Strategien: zum einen die Stärkung der Nationalparkbehörde sowie der für das Management natürlicher Ressourcen außerhalb des Parks relevanten Institutionen. Damit sollen diese sowohl den Park, seine Pufferzone als auch die weiter vom Park entfernt gelegenen Gebiete besser verwalten können. Dieser Ansatz soll den Park sowohl „von innen“ als auch „von außen heraus“ schützen und die fortschreitende Entwaldung eindämmen.

Dieser Ansatz wird ergänzt durch einen zweiten Strategiepunkt: Die Arbeit mit lokalen Viehzüchtern und Bauern, um zusammen

mit diesen Alternativen zu den traditionellen Entwaldungstreibern (Viehwirtschaft u.a.) zu entwickeln.

Die Stärkung der Monitoring- und Sanktionsfähigkeiten der Behörden, der Managementfähigkeiten der Parkbehörde und die Entwicklung von tragfähigen und einkommensschaffenden alternativen Landwirtschaftspraktiken (z.B. nachhaltige, nicht abholzende Viehwirtschaft) zusammen genommen sollen so Entwaldung reduzieren helfen.

Im Einzelnen werden für diese Maßnahmen Satellitendaten zum Entwaldungsmonitoring ausgewertet und gemeinsam mit den lokalen Forschungseinrichtungen kartografisch aufbereitet. Berater und Forschungseinrichtungen werden zusammen Analysen zum Ökosystem und sozioökonomischen Faktoren der Entwaldung erstellen. Die Partner sollen diese Arbeiten nach einem Auslaufen des Projektes langfristig weiter betreiben.

Die Entwicklung von alternativen Land- und/oder Viehwirtschaftspraktiken zusammen mit Nutzergruppen soll deren Bewusstsein um die Entwaldung schärfen und ihre Fähigkeiten stärken, auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit den Behörden solche Alternativen weiter zu entwickeln und nachzuhalten.

Wirkungen

Erste Wirkungen des Projekts sind die Anbahnung einer öffentlich-privaten Partnerschaft (Public Private Partnership, PPP) mit einer großen Hotelkette, die Interesse daran bekundet hat, die mit alternativen Land- und/oder Viehwirtschaftspraktiken hergestellten Produkte zu vermarkten. Das Projekt befindet sich noch im Anfangsstadium. Erste konkrete Wirkungen sind ab Mitte des Jahres zu erwarten.

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn Programm Chiribiquete Agencia GIZ Bogotá Carrera 13 No. 97-51 Of. 302 T +57 1 636 11 14 F +57 1 635 15 52 giz-kolumbien@giz.de www.giz.de/kolumbien
Autor	Tangmar Marmon
Stand	Januar 2014

In Kooperation mit

Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible
Parques Nacionales Naturales
Gobernación de Caquetá
CORPOAMAZONIA

Im Auftrag von

Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Adressen der BMUB-Büros

BMUB Dienstsitz Bonn Robert-Schumann-Platz 3 53175 Bonn, Germany T +49 (0)228 99 305-0 F +49 (0)228 99 305-3225	BMUB Dienstsitz Berlin Stresemannstraße 128-130 10117 Berlin, Germany T +49 (0)30 18 305-0 F +49 (0)30 18 305-4375
---	--